

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 47 (1953)
Heft: 11-12

Artikel: Weltrundschau : das Ringen um Ostasien ; Frieden für Israel! ; Europa und die deutsche Frage ; Amerikanische Drohung ; Eisenhowers Atomplan ; Europäische Hoffnung ; Gefährliche Demokratie ; Reaktionäre Demokratie ; Demagogie und Antikommunismus

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139825>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Ringen um Ostasien Von den drei hauptsächlichen Schauplätzen, auf denen sich der Kampf der beiden großen Weltmachtbünde abspielt – Europa, Vorderasien und Fernost –, ist gegenwärtig ohne Zweifel Europa, mit Deutschland als Mittelpunkt, der wichtigste und gefährlichste. Dennoch wollen wir zuerst einen Blick auf die beiden anderen Schauplätze des Kalten Krieges werfen und mit Ostasien beginnen, wo jetzt der mühsame Versuch gemacht wird, so etwas wie einen vorläufigen Friedenszustand herzustellen.

«Mühsam» ist vielleicht nicht einmal das richtige Wort; manche werden sagen, der Versuch sei hoffnungslos. Schon die Heimschaffung der «nicht rückkehrwilligen» Gefangenen des Koreakrieges macht endlose Schwierigkeiten, da die kommunistenfeindlichen Nordkoreaner und Chinesen sich buchstäblich mit Händen und Füßen dagegen wehren, auch nur mündliche Aufklärung über ihre Zukunft im Fall ihrer Heimkehr entgegenzunehmen. Die zwängerische Art, wie diese Aufklärung stattfindet, fordert mit Recht Widerspruch heraus; nur ist es mehr als eigentümlich, daß sich auch die schweizerische Überwachungsdelegation ausschließlich über die nordkoreanischen und chinesischen Aufklärungsmethoden entrüstet, während sie den auch von amerikanischen Beobachtern zugegebenen Terror der Südkoreaner gegenüber allfällig heimkehrwilligen Gefangenen entweder überhaupt leugnet oder dann doch mit einem Achselzucken abtut. Die plötzliche Begeisterung für den Grundsatz der Gewaltlosigkeit, die da über unsere Koreaobersten und -majore gekommen ist, wirkt sich zu sehr nur zugunsten der einen Seite aus, um nicht Verdacht zu erregen! Das beste wäre, die ganze Aufklärungsaktion einzustellen, auch wenn damit die Amerikaner einen neuen Erfolg in ihrem Bestreben errängen, die Bearbeitung von Kriegsgefangenen zur Erregung von Feindseligkeit gegen ihr Heimatregime zum Bestandteil des internationalen Rechtes zu machen.

Nicht besser steht es mit den Verhandlungen in Panmunjom über den Zusammentritt der Politischen Koreakonferenz. Der Stein des Anstoßes ist immer noch die Frage der Beiziehung nichtkriegführender Staaten, vor allem Rußlands und Indiens, zur Konferenz. Solange Südkorea seinen leidenschaftlichen Widerstand gegen Indiens Beteiligung fortsetzt, ist freilich auf eine Erfüllung des nordkoreanisch-chinesischen Begehrens, auch Indien einzuladen, nicht zu rechnen. Aber auch wenn die Konferenz schließlich zustande kommt, sind ihre Erfolgsaussichten gering. Davon sind offenbar auch die Amerikaner überzeugt, sonst hätten sie nicht gerade diesen Augenblick heikler Verhandlungen in Korea ausgesucht, um von der UNO aus einen wütenden Feldzug gegen die Nordkoreaner und Chinesen wegen deren angeblicher oder wirklicher Greuelthaten zu eröffnen – nicht bedenkend übrigens, daß ihre eigene Kriegführung in

Korea, mit Napalm und ähnlichen Waffen, einen Gipfel der Unmenschlichkeit und Barbarei darstellt und ihr Atombombenverbrechen gegen Japan bis heute ungesühnt geblieben ist.

Wenn die geplante Koreakonferenz von vorneherein eine höchst fragwürdige Sache ist, so vor allem darum, weil Frieden in Korea nur auf dem Boden einer Befriedung Ostasiens im ganzen geschaffen werden kann. Die Koreafrage ist wirklich nicht isoliert zu lösen; hinter ihr erhebt sich das ganze Problem der sozialen und nationalen Befreiung der ostasiatischen Völker, das Amerika und die Westmächte bisher – von einigen, besonders englischen, Ansätzen zu vernünftigem Handeln abgesehen – gründlich falsch zu lösen unternommen haben. Ihre Absicht ist ja, im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus die Länder Ost- und Südasiens für das «freie Unternehmertum» offen zu halten, das heißt, sie dem Kapitalismus als Absatzgebiete, Rohstoffquellen und Ausbeutungsobjekte aller Art zu sichern. «Wenn sich der Westen», so schreibt im Sinne dieser Politik C. P. Fitzgerald in der Neuyorker «Nation»,

«am Schicksal Indochinas, Koreas und Formosas desinteressierte, so würden alle drei bald unter kommunistische Kontrolle kommen, und auch wenn die tatsächlichen Herren Koreas und Indochinas Einheimische wären, so läge letztlich die Oberhoheit in Wirklichkeit doch bei den Chinesen. Chinesische Macht würde Japan, Malaya und Siam bedrohen. Die neutralistischen Staaten Burma und Indonesien würden in den gleichen Einflußkreis gezogen werden; die westliche Welt würde von Asien ausgeschlossen und von ihren Zinn-, Gummi- und Reislieferanten abgeschnitten. Das wäre eine weitere Machtverschiebung, die dem kommunistischen Triumph in China vergleichbar wäre.»

Darum das erbitterte Ringen vor allem Amerikas, dem Großbritannien, Frankreich und andere Kolonialinteressenten mehr oder weniger willige Gefolgschaft leisten, um die Behauptung und Ausdehnung der Machtstellung des Westens im Fernen Osten. Darum der großangelegte Versuch, mit Hilfe Südkoreas das kommunistische Regime in Nordkorea zu brechen, mit Hilfe Chiang Kai-Sheks China zu «befreien», mit Hilfe Bao Dais Indochina zurückzuerobern, und nicht zuletzt: Japan für den antikommunistischen Kreuzzug in Asien zu mobilisieren.* Und doch ist dieses Unternehmen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es müßte sofort auf den Widerstand mindestens der asiatischen Festlandvölker stoßen, die – was sie auch immer gegen den Kommunismus haben mögen – den Kampf gegen die westliche Fremdherrschaft in die erste Reihe stellen. Und es würde im Lager der Westmächte selbst Zwiespalt erregen, besonders wenn versucht werden sollte, die Vereinten Nationen neuer-

* Bei den jüngsten amerikanisch-japanischen Verhandlungen in Washington forderten die Vereinigten Staaten eine Verstärkung der japanischen Landarmee um 225 000 Mann, eine Kriegsflotte von 200 000 Tonnen und eine moderne Luftwaffe von 1000 Flugzeugen. Die Japaner wollen höchstens eine Landarmee von 180 000 Mann zugestehen, die in drei bis fünf Jahren aufgestellt werden könne. Andererseits forderte kürzlich Chiang Kai-Shek seine Formosa-Truppen auf, sich auf die Invasion Chinas «in naher Zukunft» vorzubereiten.

dings vor den amerikanischen Kriegswagen zu spannen, so wie das dank besonderer Umstände beim Eingreifen in den koreanischen Revolutionskrieg gelungen ist.

Unser Schluß bleibt darum immer der gleiche: Soll wirklicher Frieden in Korea und Ostasien überhaupt werden, dann setzt das einen Umschwung der ganzen amerikanischen Weltpolitik voraus, einen Umschwung, zu dem die so gänzlich irregeführte öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten durchaus noch nicht bereit ist. Was inzwischen in Ostasien gemacht werden mag, das ist im besten Fall unbefriedigendes Pusch- und Flickwerk.

Frieden für Israel! Auch in Vorderasien, insbesondere zwischen Israel und den arabischen Staaten, wird es keinen dauernden Frieden geben, solange die dort vorherrschenden Großmächte ihre Haltung nicht von Grund auf ändern. Der blutige Zwischenfall von Kibya hat die Aufmerksamkeit der Welt erneut auf diese Tatsache gelenkt. Gewiß ist die Vergeltung, die irreguläre Israelis durch die Zerstörung des kleinen Araberdorfes und die Niedermetzlung des Großteiles seiner Bewohner geübt haben, verwerflich und tief zu bedauern. Aber warum entrüsteten sich England, Frankreich und Amerika, die deswegen extra den Sicherheitsrat der UNO angerufen und dort die Verdammlung der israelischen Gewalttat durchgesetzt haben, nur darüber und nicht auch, ja vor allem über die Hunderte von arabischen Angriffen auf jüdische Siedlungen, die seit drei Jahren stattgefunden haben und bei denen 421 Israelis getötet oder verwundet und zahllose Raubüberfälle und Sabotageakte begangen wurden? Wie dem jedoch sein mag: es ist völlig klar, daß die unmögliche Grenzziehung vor allem zwischen Israel und Jordanien im Verein mit der grauenhaften Not der arabischen Palästinaflüchtlinge und der einheimischen Jordanier die Hauptquelle der ewigen Zwischenfälle ist und die Ersetzung des Waffenstillstandes durch einen vernünftigen Friedensvertrag allmählich zur unbedingten Notwendigkeit wird, soll nicht neuer offener Krieg ausbrechen. Die im Westjordanland wohnenden alteingesessenen Araber insbesondere leben in unvorstellbarer Armut; 67 000 davon sind Bauern in Grenzdörfern, die durch die Grenzziehung von ihrem Land abgeschnitten wurden und sozusagen darauf angewiesen sind, Nacht für Nacht israelische Siedlungen zu überfallen, zu stehlen und zu morden oder Kaffee, Reis und dergleichen zu schmuggeln. Solange die Grenze verläuft, wie sie beim Waffenstillstand gezogen wurde, werden auch diese Zwischenfälle fort dauern. Und dazu kommt also noch das schwere Problem der arabischen Flüchtlinge, die meistens grundlos, als Opfer einer von arabischer Seite erregten Panik, Israel verlassen haben und nun ein trostloses Schmaroterdasein führen, alle Jahre sich natürlicherweise um weitere 25 000 Menschen vermehrend. Nur eine durchgreifende Neuordnung aller Dinge kann hier Hilfe bringen.

Warum kommt es nicht zu einer solchen Neuordnung? Zunächst weil die arabischen Staaten keinen Frieden mit Israel wollen, sondern nur dessen Zerstörung. Sie können es immer noch nicht verwinden, daß sie vor fünf Jahren den Krieg verloren haben, für dessen Ausbruch sie selbst verantwortlich sind, und hoffen auf einen neuen, diesmal siegreichen Waffengang. Gleichzeitig meinen sie, durch die Aufrechterhaltung der jetzigen ungeordneten Zustände die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Israels vermehren und den verhaßten Judenstaat auch von innen her zum Erliegen bringen zu können. Und schließlich dient die israelfeindliche Propaganda der herrschenden Klasse in den arabischen Ländern als willkommenes Mittel, die Energien der notleidenden Unterschicht von den überfälligen inneren Reformen – Bodenverteilung, Gesundheitsdienst, Schulung und dergleichen – abzulenken.

Die westlichen Großmächte aber wagen nicht, die Araber durch festes Auftreten zum Frieden zu zwingen, weil sie die reaktionär-korrumpierte Führungsschicht der arabischen Welt im Kampf gegen Revolution und Kommunismus dringend zu brauchen glauben. Die Vereinigten Staaten suchen ja schon lang die arabischen Staaten für einen Mittelostblock zu gewinnen, von dem aber die Araber nichts wissen wollen, solange Washington israelfreundlicher Einstellung verdächtig ist. Großbritannien anderseits hält seine Hand nicht nur über Jordanien, das es selbst ins Leben gerufen hat und dessen Armee es größtenteils aus der eigenen Tasche bezahlt, sondern auch über Irak, das gleichfalls nichts weiter als ein englischer Vasallenstaat ist. Und wenn Frankreich schon nicht mehr hoffen darf, seine alte Machtstellung in Syrien und Libanon wiederzugewinnen, so muß es doch wegen seiner kolonialen Unterdrückungspolitik in Marokko und Tunis darauf achten, die Araber in Vorderasien nicht noch mehr herauszufordern.

So haben die drei Westmächte bisher nicht nur nichts Ernstliches getan, um durch die Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes Israels politische Existenz zu sichern; sie verhindern Israel auch daran, durch die Regulierung der Flußläufe – besonders des Jordans und des Jarmuk – Odland zu bewässern und elektrische Kraft zu gewinnen. Und doch ist gerade die planmäßige, großzügige Bewässerung anbaufähiger Wüstengebiete eine Grundbedingung für den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufschwung des Orients, der durch gemeinsame Anstrengung aller beteiligten Länder mit Hilfe der UNO aufs neue zu dem Garten Gottes gemacht werden könnte, der er einst war.

An guten, ausführbaren Projekten für die Wiederbelebung Vorderasiens fehlt es ja nicht. Neuerdings hat eine Gruppe inoffizieller Amerikaner der UNO ein Sechsjahresprogramm vorgeschlagen, das die dauernde Wiederansiedlung der arabischen Flüchtlinge in arabischen Ländern und die Ausnützung der Naturschätze (Wasser, Boden, Öl, Chemikalien usw.) wie der Arbeitskräfte des Mittelostens durch eine Reihe regionaler Unternehmungen empfiehlt. Aber solange die Machtinteressen

der maßgebenden Weststaaten stärker sind als ihr Wunsch, in Vorderasien ein planwirtschaftliches Gemeinschaftswerk zum Nutzen der Bevölkerung zu schaffen, sind alle solchen Entwürfe nicht einmal die Kosten wert, die ihre Ausarbeitung erfordert.

Europa und die deutsche Frage Und nun also Europa und sein geographisches und politisches Zentrum: Deutschland! Gehen wir aus von Ostdeutschland. Hier wirken die Juni ereignisse weiterhin aufs stärkste nach. Die Sowjetunion gibt sich alle Mühe, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fortführung des neuen Kurses, der auf eine innere Entspannung abzielt, wirksam zu unterstützen. Die Aufhebung der ostdeutschen Reparationspflicht, die Rückgabe von 33 bisher sowjetisch-betriebenen Industriewerken an die DDR, die umfangreichen Lebensmittel- und Materiallieferungen aus Rußland – das und anderes dient vornehmlich diesem Zweck. Andererseits geht neuerdings eine Welle von Verhaftungen, «Säuberungen», «Auskämmungen» und sonstigen Unterdrückungsmaßnahmen der Staatsgewalt über die DDR hin. Nicht ohne Grund, sicher. Denn daß der Westen, mit seinem unbezahlbaren vorgeschobenen Stützpunkt Berlin, seit dem Juni seine Anstrengungen für die Unterhöhlung und Zersetzung der Ostrepublik verdoppelt hat und immer weiter steigert, daran kann ja wirklich kein Zweifel bestehen. Vielleicht ist sogar bereits eine organisierte Untergrundbewegung im Gang, die von außen her geleitet und versorgt wird; die geheimnisvollen «Partisanenkämpfe», von denen seit Wochen die Rede ist, und die umfangreiche Polizeiaktion gegen die, wie es heißt, aus der Tschechoslowakei herübergekommenen Saboteure sind bedenkliche Zeichen. Aber ob mit all diesen Abwehrhandlungen das Regime wirklich gefestigt wird, erscheint mehr als fraglich. Seine Volkstümlichkeit – wenn sie jemals bestanden hat – leidet darunter wohl noch stärker als schon bisher. Aber soviel steht fest: im Westen rechnet man zuversichtlich mit einem nahen Zusammenbruch der DDR und tut alles, um ihn zu beschleunigen. Ob die westlichen Besetzungsmächte auch bereit sind, im Fall neuer Unruhen mit militärischer Gewalt einzugreifen, um der Rebellion diesmal zum Sieg zu verhelfen, ist schwer zu sagen; wir wollen hoffen, sie seien nicht bereit, müßte doch ein Zusammenstoß mit den Sowjettruppen auf Berliner Boden zu unabsehbaren Folgen führen, wahrscheinlich geradezu zum Ausbruch eines dritten Weltkrieges. Vermutlich ist die Parole eher: Förderung des Widerstandes gegen das DDR-Regime mit dem Einsatz aller nur möglichen nichtmilitärischen Mittel und im übrigen Verstärkung des politischen und militärischen Druckes auf die DDR wie auf den ganzen Ostblock von außen her.

In diesem Licht muß man auch den Papierkrieg sehen, der mit der westmächtlichen Note vom 18. Oktober und der sowjetischen Antwort vom 3. November sein vorläufiges Ende gefunden hat. Natürlich wird die russische Antwort im westmächtlichen Lager (und von den ihm zuge-

wandten «Neutralen») wieder als «enttäuschend», ja «fürchterlich» erklärt und als Beweis dafür ausgegeben, daß die Sowjetunion über die deutsche Frage überhaupt nicht verhandeln wolle, weil sie an ihr Erscheinen zu einer Außenministerkonferenz Bedingungen knüpfe, die für den Westen unannehmbar seien. Nun ist das, was Moskau als Verhandlungsgrundlage vorschlägt, für Washington und Bonn (denn von diesen beiden Orten aus wird die Westpolitik geleitet) heute gewiß «unannehmbar» – aber nur deswegen, weil sich Amerika und Westdeutschland auf eine «Lösung» der deutschen Frage festgelegt haben, die für die Sowjetunion und den Ostbund überhaupt, wenn er ihr zustimmte, nicht viel weniger als Selbstmord bedeuten würde. Der Westen erklärt ja jeden Tag, daß für ihn über die Aufrüstung der Deutschen Bundesrepublik und ihre Angliederung an das atlantische Militärsystem ebenso wenig eine Diskussion möglich sei wie über die bedingungslose Veranstaltung «freier Wahlen» in Ostdeutschland, von Wahlen also, die nach der An- und Absicht des Westens zum Anschluß Ostdeutschlands an die Bonner Republik und damit an den Westblock führen würden. Diese Punkte, so erklärt der Westen, müßten darum bei Verhandlungen mit der Sowjetunion von vornherein ausscheiden. Worüber einzig «verhandelt» werden soll, das sei die Art und Weise, wie sich die Sowjetunion mit der bereits als fertige Tatsache behandelten Eingliederung Deutschlands in den Westblock abfinden und ihren Rückzug hinter ihre Grenzen von 1938 werkstelligen wolle.

Man frage sich ehrlich, ob es den Russen übelzunehmen ist, wenn sie auf solche «Verhandlungen» nicht eintreten wollen! Ja, noch vor einem, zwei Jahren konnte die Sowjetunion von einer Konferenz über Deutschland noch ein vernünftiges Ergebnis erhoffen; die Verhandlungen wären damals mehr oder weniger frei gewesen. Aber in jenem Zeitpunkt wollten eben die Westmächte nicht; sie gedachten zuerst ihre Rüstungen hinaufzutreiben und sich Westdeutschland zu sichern, um dann «aus einer Position der Stärke» den Russen ihre Forderungen stellen zu können. Heute ist es umgekehrt: Die Sowjetunion weiß mindestens seit den Adenauerwahlen, daß sich die Westdeutschen dem Atlantikblock verschrieben haben und eine dauernde Entwaffnung und Neutralisierung Deutschlands nicht mehr möglich ist, und seit den Juni ereignissen in der DDR weiß sie, daß sie Ostdeutschland auf alle absehbare Zeit nicht preisgeben darf (wie sie es gegen entsprechende westliche Zugeständnisse früher zu tun bereit war), sondern ihre und des DDR-Regimes Machtstellung im Gegenteil zu befestigen suchen muß. Die Westmächte aber, eingeschlossen die Bonner Republik, drängen heute auf eine Konferenz über Deutschland, weil ihnen klar ist, daß dabei nichts mehr herauskommen kann. Und dann könnte man der «freien Welt» aufs neue «schlagend beweisen», daß mit den Russen nun einfach nicht im Guten zu reden ist, daß man also fortfahren muß, aufzurüsten und nochmals aufzurüsten – bis die Sowjetunion unter dem unerbittlichen Druck der Übermacht des

Westens und eines wiederaufgerüsteten Deutschlands *gezwungen* werde, zuzugestehen, was sie freiwillig nicht hergebe. «Für die Vereinigten Staaten», so berichtet die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2598) aus Washington ganz offenherzig, «ist die Bewaffnung der Deutschen ein wesentlicher Punkt der Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion, die nach hiesiger Auffassung nur so dazu bewogen (!) werden kann, sich in das Unvermeidliche zu fügen, den versklavten Teil Europas freizugeben und so dem Kalten Krieg ein Ende zu setzen.» Wobei die «Befreiung» Ostdeutschlands wohl an erster Stelle stünde.*

Nachtrag. Das Obige war – für das Novemberheft, das dann ausfallen mußte – bereits geschrieben, als der «New Statesman» (21. November) einen ungewöhnlich scharfen Angriff gegen Außenminister Eden führte, dem das linksstehende Labourblatt nichts Geringeres als «*vorsätzliche Irreführung seines eigenen Volkes*» vorwarf. Auf Grund sorgfältigster Nachprüfung der Dokumente, so schreibt die Redaktion, müsse festgestellt werden, daß Eden – wie die Großzahl der britischen Zeitungen – den Sinn der jüngsten Note der Sowjetregierung falsch dargestellt habe, «um den Eindruck zu erzeugen, daß die Westmächte sich um eine Viermächtekonferenz ohne Vorbedingungen bemüht hätten, während die Russen Vorbedingungen aufgestellt und die Konferenz dadurch torpediert hätten». Das sei aber das Gegenteil der Wahrheit. Die Sowjetunion habe keinerlei solche Vorbedingungen gestellt; es seien vielmehr die Westmächte, die es den Russen unmöglich gemacht hätten, unter den gegenwärtigen Umständen eine Außenministerkonferenz zu beschicken, wie die Westmächte sie geplant hätten: «In Washington wurde der Beschluß gefaßt – und in London und Paris angenommen –, keine Verhandlungen mit den Kommunisten zu eröffnen, welche die im vornherein festgelegten Pläne der Westmächte für den Kalten Krieg stören könnten. Die Amerikaner sind zu Verhandlungen nur unter drei Bedingungen bereit. Die Verhandlungen dürfen sich nicht beziehen 1. auf ihre Anerkennung des Regimes Chiang Kai-Shek als der Regierung Chinas; 2. auf ihr Bündnis mit Syngman Rhee; und 3. auf ihre Pläne für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Die Wahrheit über den langen, nunmehr

* Die angebliche Verstocktheit der Russen, die nur die Sprache der Gewalt verstünden, erscheint in einem merkwürdigen Licht, wenn man in dem jetzt veröffentlichten Schlußband von Churchills Kriegserinnerungen über Churchills und Edens Verhandlungen in Moskau vom Oktober 1944 liest: «Ohne Zweifel sprachen wir bei diesem Anlaß in unserem engen Kreis mit einer Unbefangenheit, Freiheit und Herzlichkeit, die bis dahin zwischen unseren beiden Ländern nie erreicht worden war.» So daß der britische Ministerpräsident beim Abschied an Stalin einen Brief schrieb, in dem es heißt: «Eden und ich haben die Sowjetunion erfrischt und neugestärkt verlassen und verdanken dies den Erörterungen, die wir mit Ihnen, Marschall Stalin, und mit Ihren Kollegen hatten. Diese denkwürdige Zusammenkunft in Moskau hat gezeigt, daß es keine Probleme gibt, die sich zwischen uns nicht beilegen lassen, wenn wir einander in ungezwungener und eingehender Diskussion entgegentreten.» Churchill denkt wohl im Herzen heute noch so.

abgeschlossenen Notenaustausch ist tatsächlich, daß die Westmächte es sind, die drei Vorbedingungen aufgestellt haben, die, wie sie wußten, unannehmbar waren. Die Westmächte sind es also, welche die Konferenz torpediert haben. Und die Westmächte sind es schließlich, die den zuerst von Adolf Hitler geübten Propagandatrick angewandt haben, ihrem Feind die zweifelhafte Taktik zu unterschieben, deren Anwendung ihnen selbst beliebte.» Aber eben, so bemerkt der «New Statesman»: «Die Strategie des Kalten Krieges verlangt, daß das britische Volk getäuscht wird.» Das habe man natürlich nicht offen sagen dürfen, denn das «hätte die öffentliche Meinung in Frankreich und Großbritannien beleidigt, und so haben sich die drei Außenminister eben mit einem diplomatischen Betrug geholfen.»

Das ist rücksichtslos ausgedrückt, aber es ist wahr. Schande über all diejenigen Zeitungskommentatoren, die sich einer ähnlichen Irreführung ihrer Leser schuldig gemacht haben! Schande aber vor allem über «Staatsmänner», die sich solcher Mittel bei ihrer «psychologischen Kriegsführung» bedienen! Ein schwacher Trost nur, daß sich diese Staatsmänner gelegentlich selber Lügen strafen. Außenminister Dulles zum Beispiel behauptete in seiner Rede vor dem amerikanischen Gewerkschaftsverband CIO (Congress of Industrial Organisations) am 18. November aufs neue, «daß sich die Beherrscher der Sowjetunion jetzt weigern, zu einer Konferenz über europäische Politik zu kommen», weigerte sich aber, ein paar Sätze weiter, seinerseits, an eine Konferenz zu gehen, die für die Vereinigten Staaten zwecklos oder schädlich wäre. «Unser Wunsch nach einer Konferenz», so sagte er, «sollte uns nicht zu Gesprächen führen, deren einzig mögliches Ergebnis eine scheinbare moralische Zustimmung zum Würgegriff des Kremls um fünfzehn früher unabhängige Staaten wäre. Auch dürfen wir niemals als Preis für die Zustimmung zu einer Konferenz unsere grundlegenden Positionen und Programme in Asien oder Europa aufgeben.»

Aber von den Russen erwartet man, daß sie an eine Konferenz gehen, an der die Westmächte ihnen die Preisgabe ihrer grundlegenden Positionen und Programme in Asien und Europa zumuten. Und wenn sie das ablehnen, schmäh und verlästert man sie. Man kann die Unwahrhaftigkeit kaum weitertreiben!

*

Und nun hat also, zur allgemeinen Überraschung, die Sowjetregierung in einer neuen Note dennoch ihre Bereitschaft erklärt, an eine Konferenz mit den drei Westmächten teilzunehmen, und zwar wiederum und ausdrücklich, ohne irgendwelche Vorbedingungen zu stellen. Was mag sie zu diesem Schritt veranlaßt haben? Stellt er – wie im Westen wieder automatisch und unisono das Echo lautete – nur ein tückisches Manöver dar, um die braven Alliierten zu entzweien und besonders die Franzosen von der Genehmigung der Deutschlandverträge abzuhalten? Oder hofft man jetzt im Kreml, es könne bei einer solchen Konferenz doch

etwas herauschauen, so hartnäckig sich die Westmächte auch weigern, von der Wiederaufrüstung Westdeutschlands abzulassen?

Wir glauben weder das eine noch das andere. Die Russen machen sich kaum Illusionen über die Entschlossenheit der von Amerika geführten Westmächte, die Militär- und Wirtschaftskraft Westdeutschlands unter allen Umständen gegen den Ostblock zu mobilisieren. Aber nach der großen außenpolitischen Debatte in der französischen Nationalversammlung sind sie wahrscheinlich der Meinung geworden, daß sie auch ein Scheitern der Deutschland-Konferenz riskieren könnten, ohne daß die Befürworter der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» daraus wesentlichen Nutzen zu ziehen vermöchten. Die Mehrheit der französischen Volksvertretung scheint in der Tat – aus sehr verschiedenartigen Gründen – dem Anschluß Deutschlands an den Westblock feindlich zu sein, wenn sie auch der ohnehin zum Tod verurteilten Regierung Laniel ein verschwommenes und zu gar nichts verpflichtendes Vertrauensvotum ausgestellt hat. So kann man ja – denkt man wohl in Moskau – ohne große Gefahr doch an eine Konferenz gehen, auch wenn man sich von ihr nicht viel verspricht; man hat dann doch wenigstens der westlichen Propaganda das Argument aus der Hand genommen, daß die Sowjetunion überhaupt nicht verhandeln wolle, daß also die Westmächte gezwungen seien, Deutschland wiederzubewaffnen und ihre eigenen Rüstungen zu verstärken, um die Russen mürbe zu machen.

Wie dem aber auch sei: Es sind, wie vorhin gesagt, in Wahrheit die Vereinigten Staaten und das konservative Großbritannien – um Frankreich einmal auf der Seite zu lassen –, die keine echten Verhandlungen wollen. Für sie kommt ein Gespräch mit der Sowjetunion, von dem sie für sich wirklich etwas erwarten, erst in Frage, wenn Moskau hoffnungslos in die Enge getrieben sei und zugestehen müsse, was der Westen will: Auflösung der Ostkoalition und völlige Isolierung eines verkleinerten und ohnmächtigen Rußlands. Dem sagen wir aber nicht mehr *verhandeln*, sondern einfach *erpressen*.

Amerikanische Drohung Das ist die klare Sachlage. Und nun sage man uns: Erstreben die Westmächte wirklich eine «Verteidigungsgemeinschaft» zur Abwehr eines russischen Angriffes? Hat ihre und Westdeutschlands Aufrüstung wirklich den Zweck, im Sinne der alten Regel nur Kriegsmittel bereitzustellen, um den durch die Russen gefährdeten Frieden zu sichern? Die Antwort kann nur lauten: Nein, in keiner Art und Weise! Der Westen rüstet zwar nicht – wie die Sowjetunion behauptet –, um einen längst beschlossenen Angriffskrieg gegen den Ostblock auf jeden Fall zu entfesseln, aber er rüstet, um das kommunistische Regime in Osteuropa – und womöglich in Ostasien – zu stürzen und Rußland auf seine Kerngebiete zurückzuwerfen, sei es durch bloße Gewaltdrohung, sei es durch offene Gewaltanwendung. Der Westen will nicht *unter allen Umständen* Krieg, aber er macht sich be-

reit, den Krieg aufzunehmen, falls die Sowjetunion nicht von sich aus weiche. Und eine entscheidende Aufgabe bei diesem Plan ist einem neu militarisierten, dem Atlantikbund angeschlossenen Westdeutschland zugewiesen. «Die Wahl ist klar», schreibt Del Vayo in der Neuyorker «Nation»:

«Wenn wir zu einer Verständigung mit Rußland kommen wollen, werden wir die Wiederaufrüstung Deutschlands fahren lassen müssen. Beharrt aber der Westen auf Deutschlands Wiederaufrüstung, dann wollen wir keine Zeit mit Geschwätz verlieren, sondern uns auf die Vorbereitung für den Krieg konzentrieren, der früher oder später kommen wird. Rußland kann sicher veranlaßt werden, Zugeständnisse in Europa und in Asien zu machen. Was man aber nicht erwarten darf, das ist, daß Rußland in der Frage eines wiederaufgerüsteten Deutschlands nachgeben werde.»

Vielleicht erwarten die Planer der amerikanischen Politik und ihre europäischen Mitarbeiter trotzdem in allem Ernst, die Sowjetunion werde unter innerem und äußerem Druck über kurz oder lang doch kapitulationsreif werden; gewisse Äußerungen Adenauers, der anscheinend auf wirtschaftlichen Zerfall und Hungersnot in Rußland spekuliert, scheinen darauf hinzudeuten. Sicher aber sind sie entschlossen, ihre Druckpolitik gegenüber der Sowjetunion fortzusetzen, bis Moskau matt gesetzt sei – «so oder so», wie Hitler zu sagen pflegte. Das ist mindestens die Linie, an die sich Mr. Dulles starr und stur hält – und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten wird, wie Joseph Harsch, der gutunterrichtete amerikanische Journalist, im Londoner «Listener» (5. November) überzeugend darlegt, in allen Dingen entscheidend von Dulles bestimmt. Präsident Eisenhower lasse seinem Staatssekretär, zu dem er unbegrenztes Vertrauen habe, vollkommen freie Hand, schon weil er sich in Außenpolitik und Diplomatie noch viel unsicherer fühle als in innerpolitischen Dingen. Aus diesem Grund habe er auch keine Lust, mit Malenkov zusammenzutreffen; jede wichtigere Entscheidung müsse ja doch Dulles fällen. Auch die jüngste indirekte Schwächung von Eisenhowers Stellung durch die demokratischen Wahlsiege in Wisconsin, Neuyork und New Jersey vermögen Dulles nichts anzuhaben; solange die Republikaner am Ruder sind – und das geht auf jeden Fall noch drei Jahre –, wird er «mit nachtwandlerischer Sicherheit» seinen halsbrecherischen Kurs weitersteuern, tief durchdrungen von seiner weltgeschichtlichen Sendung und Berufung.

Wie halsbrecherisch dieser Kurs ist, erkennt man mit Schrecken auch aus einer Äußerung des früheren Präsidenten der amerikanischen Atomkraftkommission, Gordon Dean, der nach den Londoner «Peace News» (30. Oktober) kürzlich gesagt hat:

«Wir müssen ihnen (den Russen) in vollem Ernst erklären, daß wir bei all unserem Haß (?) gegen den Gedanken eines Einsatzes der Atombombe den nächsten sowjetischen Angriff als Aufforderung zu ihrem Einsatz ansehen würden, sofern das nötig ist, um den Angriff zum Stehen zu bringen. Wir müssen es klar machen, daß, wenn Rußland direkt oder indirekt (!) in Korea, im Mittleren Osten oder in der Arktis vorstößt, wir die Organe eines solchen Vorstoßes nicht nur zerstören müssen, sondern zerstören werden — jeden Meter Aufmarschboden, jedes Versorgungslager, jede für

die Kriegswirtschaft arbeitende Bevölkerungsgruppe. Wir müssen ihnen sagen, daß wir keine Auseinandersetzung über das, was ein Angriff ist, dulden werden. Solch eine Auseinandersetzung könnte jahrelang dauern. Wir alle wissen, was ein Angriff ist, wenn wir ihn vor Augen haben. Sollte aber darüber irgendein Zweifel bestehen, so wollen wir klar zu verstehen geben, daß ein Angriff vorliegt, wenn ein Mörser oder Raupenschlepper aus den tschechoslowakischen Skodawerken in der Nähe eines Toten aus der westlichen Welt aufgefunden wird. Das genügt. Es genügt auch, wenn die Herkunft eines MIG-Flugzeuges, das zur Unterstützung eines Angriffs dient, auf eine russische Fabrik zurückgeführt werden kann.»

So weit sind wir also! Auf irgendeine Untersuchung der Hintergründe und des Hergangs eines Grenzzwischenfalles, einer Flugzeugschießerei lassen sich die Kreise, für die Mr. Dean spricht, überhaupt nicht mehr ein; wenn sie glauben, daß es nun Zeit für die große Abrechnung sei, erklären sie beim ersten Anlaß ohne weiteres den Tatbestand eines russischen Angriffes für erfüllt und lassen von einem ihrer zweihundert Stützpunkte rings um die Sowjetunion herum die Atom-bomber aufsteigen. Man hat es ähnlich ja schon im Fall Korea gemacht, wo keinerlei gewissenhafte Untersuchung, weder nach der militärischen noch nach der politischen Seite hin, vorgenommen, sondern einfach auf das Zeugnis der Regierung Syngman Rhee hin gegen den «sowjetischen Angriff» zurückgeschlagen und der allgemeine Krieg entfesselt wurde. Man hat es wieder so gemacht, als MacArthur auf die Mandschurei losmarschierte und die Chinesen im letzten Augenblick, zur Abwehr dieser unmittelbaren Drohung, militärisch eingriffen; den Vereinten Nationen genügte das, um China feierlich als Angreifer zu brandmarken. Und nicht viel gerechter urteilte der Sicherheitsrat der UNO in dem früher erwähnten israelisch-jordanischen Streitfall um Kibya: man wollte die so offen aggressiven Araberstaaten nicht belasten und verurteilte so einfach Israel. Man sieht, wie trefflich sich die Diplomaten auf diese Dinge verstehen. Und man spürt aus den Worten eines Gordon Dean nur zu deutlich heraus, wie gewisse mächtige Gruppen in Amerika förmlich auf die Gelegenheit brennen, Rußland als Urheber eines dritten Weltbrandes zu erklären und ihre Atom- und Wasserstoffbomben gegen es loszulassen. Die Geisteskrankheit des Antikommunismus scheint wirklich zu jeglichem Verbrechen fähig zu machen! *

* Die kürzlichen Wahlniederlagen der Republikanischen Partei haben die Regierung Eisenhower-Dulles gar noch zu einer Verschärfung ihres hysterischen Antikommunismus veranlaßt. Es ist so, wie der Londoner «New Statesman» (14. November) feststellt: «Drei Tage nach den republikanischen Wahlniederlagen hat Präsident Eisenhower vor Senator McCarthy kapituliert. Das ist die einzig mögliche Folgerung aus dem Entschluß der Regierung, den Fall von Harry Dexter White (des hohen, 1948 verstorbenen Staatsbeamten, der ohne greifbare Beweise wegen Spionage zugunsten der Russen denunziert worden war H. K.) wieder aufzuwärmen, einen persönlichen, beisspiellosten Angriff gegen Truman zu führen und jeglichem Hexenjäger in Washington freie Bahn zu geben... Indem die Republikaner den Fall White wieder ausgraben und den früheren Präsidenten in Verruf zu bringen suchen, haben sie den Parteigegensatz auf ein neues, noch viel schmutzigeres Geleise geschoben.» Die Nutznießer sind vor allem die Strategen des Kalten Krieges, Mr. Dulles an der Spitze.

Eisenhowers Atomplan Oder hat man in Washington – angesichts der sowjetischen Fortschritte in der Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben – doch Gewissensbedenken bekommen? Der von Präsident Eisenhower in theatralischem Rahmen vor der UNO dargelegte neue «Atomplan» könnte fast darauf schließen lassen.

Eisenhower schlägt ja vor, daß alle Staaten mit Vorräten an spaltbaren Rohstoffen (Uranium usw.) einen Teil davon einer von der UNO bestellten Atomkraftbehörde übergeben, die sie der Verwendung für Friedenszwecke zuführen solle. So könne wenigstens ein Anfang zur Überwindung des gegenseitigen Mißtrauens und zur Errichtung einer Kontrolle über alle Atomkraftquellen, namentlich aber über die Atomwaffen, gemacht werden.

Das klingt ordentlich plausibel. Es bleibt aber doch abzuwarten, was aus diesem Vorschlag wird. Zwei starke Bedenken drängen sich sofort auf. Zunächst: Er will das Pferd am Schwanz aufzäumen. Wie sollen dann die Russen – denn auf sie ist der Eisenhower-Plan natürlich gemünzt – Vertrauen in die friedfertigen, gutartigen Absichten der Amerikaner und ihres Atomplanes fassen, wenn diese fortfahren, ihre und ihrer Bundesgenossen militärische Rüstungen, eingeschlossen die Bereitstellung von Atomwaffen, aufs höchste zu entwickeln, mit dem offen ausgesprochenen Zweck, die Sowjetunion zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen? Wie sollen die Russen insbesondere ihr Mißtrauen gegen Westdeutschland verlieren, das seinen Revanchewillen nicht im mindesten verbirgt? Wenn man im Lager der Westmächte ehrlich einen Abbau des gegenseitigen Mißtrauens wünscht, warum macht man nicht selber einen Anfang damit, indem man die eigenen Kriegsrüstungen zum mindesten nicht weitertreibt und beispielsweise die jetzt vielerörterten Pläne fallen läßt, nach Spanien auch Pakistan zu einer großausgebauten Militär- und Luftmachtbasis für die Vereinigten Staaten zu machen? Wer Vertrauen haben will, muß auch Vertrauen geben und darf nicht den anderen immer einschüchtern und bedrohen wollen!

Sodann aber ist höchst unklar, wie sich die amerikanische Regierung die Kontrolle der zu wirtschaftlichen Zwecken zu benützenden Atomkraft vorstellt. Die Sowjetunion hat bekanntlich, mit ihren weithin unerschlossenen Energiequellen, ein viel größeres Interesse an der Entwicklung der Atomkraftwirtschaft als die Vereinigten Staaten mit ihren ungeheuren, längst nutzbar gemachten Vorräten an Kohle und Erdöl. Ist Amerika bereit, der Sowjetunion den Ausbau von Atomkraftwerken in dem Ausmaß zu gestatten, wie diese das wünscht? Wird es nicht im Gegenteil die russische Atomkraftwirtschaft möglichst zu drosseln suchen, sei es um den weiteren Aufschwung der Sowjetwirtschaft im allgemeinen zu verlangsamen, sei es um die damit eng zusammenhängende Stärkung der sowjetischen Wehrwirtschaft zu verhindern? Nach welchem Schlüssel sollen die Atomkraftquellen, die die internationale Behörde entwickelt, zwischen

West- und Oststaaten verteilt werden? Sei man sich doch darüber klar, daß die internationale Atomkraftbehörde, genau wie die UNO selbst, nichts anderes als ein Werkzeug der amerikanischen Machtpolitik wäre! Wie sollen die Russen zu ihr mehr Vertrauen haben können als zu den Vereinten Nationen im allgemeinen!

Kurz: wenn jetzt erklärt wird, die Sowjetunion müsse den so wohlgemeinten, ehrlichen Vorschlag Eisenhowers annehmen – oder sie sei endgültig als Friedensfeind entlarvt, so übersieht man bewußt die ungeheure Zumutung, die man damit den Russen stellt. Und der Verdacht liegt nahe, daß der Eisenhower-Plan, wie auch die «Chicago Tribune» meint, einfach «eine wirksame Übung in psychologischer Kriegführung» ist, mit dem Zweck, eine Ablehnung des Planes als weitere Rechtfertigung für die Druck- und Drohpolitik der Westmächte gegenüber der Sowjetunion und – falls es zum Krieg käme – für die Atomisierung Rußlands durch amerikanische Bomber zu benützen, die, wie Eisenhower sagte, ohne weiteres imstand seien, die Sowjetunion «in eine Wüste zu verwandeln». Die Grundlinie des USA-Kurses in der Auseinandersetzung mit dem Ostblock bleibt auf alle Fälle unverändert, und insbesondere Mr. Dulles fühlt sich geradezu als der «Mann der Vorsehung», der dazu ausersehen sei, ihn mit rücksichtsloser Folgerichtigkeit durchzuführen...

Nur scheinbar im Widerspruch zu der Unbeirrbarkeit der amerikanischen Weltstrategie steht die neue Tendenz, die *Rüstungsausgaben* der Vereinigten Staaten auf ein erträglicheres Maß herabzuschrauben. Denn hinter dieser Tendenz stehen wesentlich die immer lauter erhobenen Sparforderungen der großen Steuerzahler; anderseits sollen von einer Rüstungsbeschränkung nur gewisse «klassische» Waffengattungen betroffen werden, während die neuen Massenvernichtungsmittel eher in größerem Maßstab hergestellt werden als bisher. Insbesondere aber drängt Amerika die *europäischen Völker* zu höheren Rüstungsleistungen, koste doch eine amerikanische Division in Friedenszeiten jährlich 300 Millionen Dollar, eine europäische hingegen nur 65 bis 80 Millionen, eine türkische oder griechische sogar nur 10 bis 20 Millionen. Das kommt die Vereinigten Staaten allerdings bedeutend billiger, als wenn sie ihre eigene Landarmee im gegenwärtigen Umfang unterhalten müßten!*

Ob Westeuropa den amerikanischen Wünschen nachkommen wird, ist vorerst noch etwas zweifelhaft; auch die belgische Regierung, die eben jetzt den Deutschlandvertrag vom Parlament genehmigen lassen will,

* Ein bedenkliches Zeichen der Zeit ist, daß einer der unermüdlichsten Förderer der amerikanischen Aufrüstung, General Marshall, den Friedens-Nobelpreis für 1953 bekommen hat. Nobel selber hatte bestimmt, dieser Preis solle jeweils demjenigen zufallen, «der die größte oder beste Leistung aufzuweisen hat für die Förderung menschlicher Bruderschaft und für die Abschaffung oder Herabsetzung der stehenden Heere sowie für die Abhaltung und Verbreitung von Friedenskongressen»! Daß General Marshall mit dem nach ihm benannten Wirtschaftshilfsplan Gutes gewirkt hat, wie das Nobelpreiskomitee zur Begründung seines Beschlusses sagt, ist richtig; aber das liegt

kündigt in ihrer Budgetbotschaft für 1954 an, daß die «Last der Militärausgaben» mit Rücksicht auf die etwas entspannte internationale Lage «auf eine längere Zeitspanne verteilt» werden könne und müsse, als bisher vorgesehen gewesen sei. Fest hinter Amerika steht eigentlich nur die westdeutsche Regierung und die sie stützende Parteienkoalition. Ihre Ziele sind ja in Hinsicht auf Osteuropa durchaus die gleichen wie diejenigen der Vereinigten Staaten; der wiedererwachte alldeutsche Nationalismus und Militarismus kann – wenn überhaupt – sein kühnes Programm nur dann verwirklichen, wenn er Amerika und möglichst auch die europäischen Weststaaten im Rücken und an der Seite hat. Natürlich tritt dieser Nationalismus heute in ehrbar «demokratischem» Gewand auf; statt sich vorzeitig zu demaskieren, hat er sich bei den Wahlen vom 6. September klug zu Adenauers Parteien gehalten, in deren Reihen er als wohlwollend geduldete «Fünfte Kolonne» viel erfolgreicher wirken kann als mit eigenen Kampforganisationen, zumal ja auch Verwaltung, Gerichte, Schulen usw. längst wieder in starkem Maße mit ehemaligen Nazi durchsetzt sind. Aber vielleicht ist der neue Nationalismus gerade darum nur noch gefährlicher als der alte, hitlerische Nazismus. Mit seiner demokratischen Tarnung und seiner stillen Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens vermag er viele Menschen zu täuschen, die der unverhüllte Nazismus und die laute Gleichschaltung aller Tätigkeitsformen mit der Ideologie des Dritten Reiches abstieß. Dazu kommt, daß der neue Nationalismus die volle Unterstützung der katholischen Kirche genießt, die den Pseudochristen Hitler nur als das kleinere Übel gegenüber Sozialismus und Kommunismus gelten ließ, heute aber in Adenauer einen «echt christlichen Kanzler» zur Verfügung hat. Erst recht kommt natürlich dem neuen Nationalismus die ebenso rückhaltlose wie großzügige Unterstützung durch Amerika zugute, die Hitler nur in begrenztem Maße genoß. Geblieben ist die Stützung der «nationalen Erneuerungsbewegung» durch Industrie und Finanz, die – nach anfänglichem Widerstreben – schließlich Hitler entscheidend in den Sattel geholfen hat und nun auch mit ganzem Einsatz hinter seinem Nachfolger steht. Und geblieben ist namentlich das populäre Revancheverlangen und der vulgäre Antikommunismus, die beide von Hitler so virtuos ausgenützt und aufgestachelt wurden und jetzt neu aufgewacht sind; ja, man kann sagen, daß diese Triebkräfte eher noch stärker geworden sind als vor und in der Zeit des Dritten Reiches, hat doch die Forderung nach Wiedergewinnung der

auf einem andern Feld, noch ganz abgesehen davon, daß die Marshall-Milliarden mehr und mehr zur Finanzierung von Kriegsrüstungen in Europa verwendet worden sind. Auf jeden Fall hat Marshall selber, als er von der Verleihung des Nobelpreises an ihn hörte, gesagt, er betrachte als seine größte Leistung für den Frieden den Beitrag, den er für die Aufrüstung Amerikas im Jahr 1950 habe geben können — genau das Gegenteil dessen, was Nobel wollte! General Marshall war übrigens auch einer derjenigen Ratgeber, die für Präsident Trumans Befehl zum Abwurf der Atombomben über Japan mitverantwortlich sind.

verlorenen Ostgebiete einen viel legitimeren Klang als Hitlers Ausdehnungsprogramm, so wie auch der täglich frisch genährte Abscheu vor dem «Ostzonenregime» ungleich kräftiger wirkt, als die seinerzeitige Hetze gegen das «bolschewistische Untermenschentum» im fernen Rußland.

Der Wiederaufstieg Westdeutschlands zu seiner alten, gemeingefährlichen Vormachtstellung ist auf jeden Fall in vollem Gang. Und wenn dann erst einmal die Bonner Republik in irgendeiner Form dem Atlantikbündnis angeschlossen ist, wer will dann dieses «erneuerte» Deutschland mit seiner gewaltigen Militär- und Wirtschaftskraft und seinem unbändigen Ausdehnungswillen noch verhindern, die erste Rolle in der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» zu spielen? Der Oxforder Professor Thomas Balogh warnt in der «Tribune des Peuples» (Juli/August 1953) eindringlich:

«Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft hat sich schließlich als bloßes Werkzeug der germanischen Vorherrschaft enthüllt. Es scheint jetzt nicht mehr zweifelhaft, daß es nicht mehr möglich ist, Europa irgendwie zu einigen, ohne daß es schließlich von den deutschen Gebietsansprüchen mitgerissen wird. Es liegt keinerlei Grund vor, auf die noch bestehenden Kontrollen über Deutschland ausgerechnet in dem Augenblick zu verzichten, da die schwache Hoffnung auf eine west-östliche Entspannung aufschwimmt. Deutschland ist der Hauptnutznießer des Bruches der Kriegszeitbündnisse gewesen. Es ist vollkommen begreiflich, daß Dr. Adenauer (genau wie Syngman Rhee) mit Unruhe und Verzweiflung jede Lockerung der Spannung ins Auge faßt. Aber es ist sicher nicht unsere Aufgabe, uns von Deutschland in ein neues Massengrab schleppen zu lassen. Die zweimaligen Götterdämmerungen Wilhelms II. und Hitlers sind sicher genug für eine einzige Generation.»

Man sollte es wirklich meinen. Aber kann man noch ernsthaft hoffen, daß Deutschlands Nachbarn das unruhige, ehrgeizige, herrschsüchtige «Reich der Mitte» solange unter fester Kontrolle halten und an der Ausführung des erträumten neuen «Germanenzuges nach Ostland» verhindern werden, bis in einem abgerüsteten, nach beiden Seiten unabhängigen Westeuropa auch ein abgerüstetes, unabhängiges Deutschland seinen natürlichen Platz finden wird – als friedlicher Mittler wirtschaftlicher und geistiger Güter zwischen West und Ost?

Europäische Hoffnung Daß die Völker, die die Opfer zweier deutscher Angriffskriege geworden sind, für eine straffe Zügelung des deutschen Neunationalismus zu gewinnen wären, soweit sie es – wie durchweg im Osten – nicht bereits sind, das ist mehr als wahrscheinlich. Ob aber auch ihre Parlamente und Regierungen? Die jüngsten Vorgänge in der französischen Nationalversammlung lassen weiterhin Zweifeln Raum, so erfreulich an sich die Rückzugsbewegung ist, die das Kabinett Laniel angesichts des Widerstandes gegen die «Europaarmee» einleiten mußte. Insbesondere ist nicht abgeklärt, wieweit die französischen Sozialdemokraten noch gegen die westdeutsche Aufrüstung sind; ihr Generalsekretär Mollet ist jedenfalls mit der Mehrheit der Fraktion zu den Befürwortern der EVG abgeschwenkt, während

eine Minderheitsgruppe um Jules Moch und Daniel Mayer fest bleibt. Es ist wahrlich ein Jammer, daß in dieser schicksalsschweren Frage auf die westeuropäischen Sozialisten so gar kein Verlaß ist! Auch die westdeutschen Sozialdemokraten haben ja, zumal nach dem Wahlerfolg Adenauers, ihre ohnehin schwächliche und unklare «Opposition» gegen die Wiederaufrüstung weiter gemildert und sind jetzt bemüht, die Außenpolitik der Regierung, wie in den Vereinigten Staaten, auf eine «überparteiliche» Grundlage zu stellen. An Nationalismus und Antikommunismus aber lassen sie sich schon längst von niemandem übertreffen.

Kein Wunder; sie sind ja auch theoretisch-grundsätzlich in voller Mauserung begriffen und nähern sich, nachdem sie längst in der Praxis ihren Sozialismus mehr oder weniger preisgegeben haben, auch in der programmatischen Zielsetzung ausgesprochen bürgerlichen Auffassungen. Die neuen Revisionisten haben sich (vgl. «Volksrecht», 26. November, «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 2761) bereits zur Bejahung der «sozialen Marktwirtschaft» durchgerungen und sind für die «Ablösung der Idee der Sozialisierung durch die Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb». Den Marxismus wollen sie als «toten Ballast» über Bord werfen und sich, im Zeichen der Abfindung mit dem Christentum als realpolitischer Tatsache, auch der katholischen Kirche anbieten, die freilich auf der konfessionellen Schule besteht, während die SPD da noch Hemmungen hat. Kurz – die Revision des Marxismus soll nicht nach vorwärts gehen, sondern nach rückwärts, zu Anschauungen, die der Marxismus mit Recht überwunden hat.

Und die britische Labourpartei? Als Ganzes ist auch sie unzweifelhaft konservativ (nicht im Parteisinn natürlich), «staatserhaltend», bürgerlich-honett geworden, alles radikale oder gar revolutionäre Stürmertum heftig verabscheuend. Dem Streben, durch eine «maßvolle» Haltung in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen und einen unantastbaren «Patriotismus» und Antisowjetismus in der Außenpolitik die bei den letzten Unterhauswahlen verlorenen Mittelschichten zurückzugewinnen und so erneut an die Regierung zu kommen, ordnet ihre Führung alles andere unter. Churchills etwas boshafte Kompliment an Attlee, als der Führer von Ihrer Majestät allergetreuester Opposition das Ehrenbürgerrecht der Londoner City – des Sitzes der britischen Finanzwelt – bekam, scheint in der Labourpartei keineswegs als peinlich, vielmehr als höchst ehrenvoll empfunden zu werden – das Kompliment nämlich, Attlee habe sich um die Aufrüstung Großbritanniens und eine zielbewußte Reichspolitik sehr verdient gemacht.

In der Innenpolitik unterscheidet sich heute die Labourpartei jedenfalls kaum mehr von einem nicht einmal besonders energischen Sozialliberalismus, wie ihn seinerzeit etwa Lloyd George vertreten hat. Ihre offizielle Programmschrift «Challenge to Britain» («Herausforderung an England») ist wirklich keine zum Angriff blasende Fanfare, sondern eher

eine die Übergabe ankündende Chamade. Professor Cole stellt im «New Statesman» (14. bzw. 21. November) melancholisch fest, daß sich die Labourpartei offenbar damit begnüge, den Wohlfahrtsstaat im Rahmen eines regulierten Kapitalismus auszubauen; sie habe «die alte sozialistische Behauptung preisgegeben, daß ja gerade die Möglichkeit eines sicher begründeten Wohlfahrtsstaates von der Ersetzung des Profitmachens durch öffentlichen Dienst in den Hauptzweigen der Wirtschaft abhängen müsse». Die Gewerkschaften seien eben nicht zu sozialistischen Lösungen bereit, und die sozialistische Bewegung könne nicht vorwärts kommen ohne die Gewerkschaften. Das sei eine Aussicht, die für Sozialisten ebenso bedrückend sei, wie sie von denen begrüßt werde, «die die Labourpartei zu dem altmodischen Liberalismus zurückbilden wollen, aus dem sie herausgewachsen ist». Man sieht, der ganze Vorgang ist nicht unähnlich dem, was sich jetzt in der deutschen Sozialdemokratie abspielt.

Es ist nur folgerichtig, daß die Labourführung auch in der Reichspolitik – abgesehen von den erwähnten «Verdiensten» um die Aufrüstung – sich den herrschenden bürgerlich-konservativen Anschauungen bedenklich stark annähert. Bezeichnend dafür ist die matte Opposition, die sie dem reaktionär-kolonialistischen Staatsstreich in Guayana entgegengesetzt hat, und die betonte Brückierung der beiden Mitglieder der abgesetzten Regierung von Guayana, die naiv-vertrauensvoll nach London gekommen waren, um die Hilfe der Labourpartei zu gewinnen. Mit der – nicht stichhaltigen – Begründung, Dr. Jagan und Mr. Burnham (der eine von indischer, der andere von afrikanischer Abstammung) seien ja doch nur kommunistische Agenten, lehnte es sowohl die Gewerkschafts- wie die Labourparteiführung ab, sich mit ihnen einzulassen und ihre Sache zu unterstützen – selbstverständlich der beste Weg, um die koloniale Freiheitsbewegung, die sich in Guayana bisher durchaus auf reformistisch-gesetzlichem Boden gehalten hat, dem Kommunismus in die Arme zu treiben!

Ist so auf die offiziellen Träger des westeuropäischen Sozialismus wenig Verlaß – von der fast völligen Verbürgerlichung der französischen Sozialdemokratie wollen wir gar nicht erst reden –, so muß man seine Hoffnung um so mehr auf das Entstehen von *Volksbewegungen* setzen, die, über den Parteirahmen hinausgreifend, durch die uns alle bedrohenden tödlichen Gefahren aufgeweckt werden und zu tatkräftigem Handeln vorstoßen mögen. Die international in Gang gekommene Aktion für eine friedliche Lösung der deutschen Frage ist, neben den umfassenderen allgemeinen Sammlungsbewegungen für den Kampf gegen die Kriegsgefahr, ein verheißungsvolles Anzeichen dieser Art. Ein anderes ist die wachsende Erkenntnis, daß die ganze rückschrittliche Tendenz der herrschenden Klassen in Westeuropa (und Amerika) sehr bewußt und energisch von der gegenwärtigen *vatikanischen Politik* getragen wird. André Monnier schreibt in der evangelisch-sozialen «Cité Nouvelle» (12. November) sehr richtig:

«Man kann ohne Furcht vor Bestreitung behaupten, daß ohne die anfangs noch zögernde Unterstützung durch Robert Schuman und die (katholische) Republikanische Volksbewegung wie nachher ohne die tätige Propaganda der gleichen Partei und ihre politischen Ränke das französische Parlament nicht bereit gewesen wäre, diese verbrecherische Anregung (nämlich die Schaffung einer westeuropäischen Armee mit deutschem Kern) in Betracht zu ziehen... Wir wundern uns daher nicht, wenn die beiden deutschen Studenten, die Robert Schuman und Adenauer waren, Schüler der Universitäten Bonn und Berlin, wenn Alcide de Gasperi, der ehemalige Wienerstudent und Abgeordnete für Trient im österreichischen Reichsrat, schon in jungen Jahren mit den alldeutschen Gedankengängen eines Görres und Schlegel vertraut geworden sind. Die willen- und bedingungslose Unterwürfigkeit dieser drei Männer und ihrer Nachfolger gegenüber der katholischen Kirche und die nicht minder ausgesprochene Unterwürfigkeit Van Zeelands (des belgischen Außenministers H. K.) erlauben die Feststellung, daß es ihnen nie eingefallen wäre, auch auf politischem Boden eine bedeutsame Initiative zu ergreifen, die nicht die vollständige Billigung des Papsttums gefunden hätte... Roms Willen ist, aus den drei großen Staaten Italien, Frankreich und Deutschland eine politische Einheit zu schaffen, die ihre Inspiration vom Papsttum her bekommen soll.»

Eine Einheit – so fügen wir hinzu –, die natürlich auch Staaten wie Spanien, Belgien und Österreich umfassen und die Schweiz, Holland usw. nicht unberührt lassen würde, und die in der Zerschlagung der kommunistisch regierten Staaten eines ihre großen Hauptziele sähe. Der Bund Rom-Washington ist so ein durchaus gegebenes Gebilde, dessen Gefährlichkeit zu unterschätzen verhängnisvoll wäre. Aber noch einmal: Die Völker wachen allmählich doch zu der Erkenntnis ihrer Lage auf und beginnen ihren Widerstand geltend zu machen. Dieses Erwachen und dieser Widerstand muß freilich noch viel rascher und allgemeiner kommen, als es vorerst der Fall ist; nur dann können sich die Hoffnungen erfüllen, die wir auf die Brechung der Herrschaft der Todesmächte durch die von unten und oben sich ankündigenden Lebenskräfte zu setzen berechtigt sind. Es ist erst Advent; es muß auch Weihnacht und Ostern werden!

Gefährliche Demokratie Wenn man so den weltweiten Kampf der beiden großen Heerlager überschaut, bleibt es einem immer wieder unbegreiflich, wie dieser Kampf von der einen – der «westlichen» – Seite als Existenzkampf der vom Kommunismus in ihren Grundlagen bedrohten freien Welt ausgegeben werden kann. Millionen von Menschen, auch solche, die es besser wissen müßten, nehmen diese Losung unzweifelhaft in guten Treuen an. Aber ebenso unzweifelhaft sind politische Freiheit und Demokratie für die eigentlichen Träger des antikommunistischen Kampfes, für die bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsschichten, das Letzte, um dessentwillen sie sich auf einen möglichen kriegerischen Entscheidungskampf rüsten. Diese Schichten und Kreise lassen sich die Demokratie gewiß solange gutmütig gefallen, als sie ihren materiellen und gesellschaftlichen Interessen dient; sobald aber die Demokratie *ihrer Klassenherrschaft im Ernst gefährlich wird*, verstehen sie keinen Spaß mehr und zögern nicht lange, um ihr den Garaus zu machen.

Das trat am klarsten dort zutage, wo die Demokratie noch verhältnismäßig jung war und keine rechten Wurzeln im Volksbewußtsein und in den politischen Sitten hatte, wie in Italien, Deutschland, Spanien, Griechenland. Hier trat der Widerspruch zwischen einer Wirtschaftsverfassung, die im Grunde Diktatur ist, Herrschaft der Wenigen über die Vielen, und einer Staatsverfassung, die mit dem allgemeinen Stimmrecht die Mehrheitsherrschaft zum Gesetz erhebt, in seiner vollen Schärfe hervor. Denn hier war es – aller Schwindelpropaganda mit Reichstagsbränden zum Trotz – ganz offenbar nicht der Kommunismus, der die kapitalistische Oberschicht zum *faschistischen Staatsstreich* trieb, sondern der soziale Reformismus, der sich des allgemeinen Stimmrechts und der übrigen demokratischen Freiheitsrechte bediente, um die bürgerliche Klassenordnung auszuhöhlen und umzuformen. Silone beschreibt es («Der Faschismus. Seine Entstehung und seine Entwicklung.» Zürich 1934) für *Italien* ganz richtig:

«In der Tat tauchte der Faschismus weit mehr als Reaktion gegen den Reformismus als gegen den Maximalismus auf. Die reichen Bauern, die Kaufleute, die Angestellten, die Kleinindustriellen, die im Jahre 1921 in Massen dem Faschismus zugeströmt waren, suchten darin nicht die Waffen, um den Maximalismus, sondern den Reformismus zu zerstören. In den Provinzen, wo der Reformismus mächtiger war, dort war der Faschismus blutdürstiger. Der rednerische Revolutionarismus der Maximalisten gefährdete nur die Lampen der Straßenbeleuchtung und manchmal die Knochen von einigen Polizeiaagenten, aber der Reformismus mit seinen Kooperativen, seiner Gehaltserhöhung in Krisenzeiten, seiner Arbeitslosenunterstützung bedrohte etwas viel Heiligeres: den kapitalistischen Profit . . . Gegen den schwägerischen Maximalismus, der vom Morgen bis zum Abend die ‚Bandiera rossa‘ und die ‚Internationale‘ singt, verteidigt sich der Kapitalismus mit den Gesetzen, und wenn die alten nicht genügen, macht er neue; gegen den Reformismus, der auf friedlichem, demokratischem und gesetzlichem Wege das Gleichgewicht der Klassen stört, wird der Kapitalismus blutgierig und greift zum faschistischen Banditentum.»

Ähnlich war es in *Deutschland*: Unter der Weimarer Republik gewannen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, dank der neuen demokratischen Verfassung, zusehends bestimmenden Einfluß auf das Gefüge und den Gang der Wirtschaft; Arbeiterrechte, Schutzgesetze, Sozialversicherung, Betriebsräte, Planwirtschaft, industrielle Demokratie usw. – das breitete sich aus «wie eine Seuche» und drohte dem guten, alten Kapitalismus geradezu ans Leben zu gehen. Es war zwar eine Täuschung, zu glauben, daß die kapitalistische Ordnung auf *diese* Art, so ganz allmählich, stufenweise, fast hinterrücks, überwunden werden könne; aber das war es ja eben: die herrschenden Klassen fürchteten nicht die soziale Revolution, mindestens nicht eine gewalttätige Revolution, sondern die reformerische, streng demokratisch vor sich gehende Evolution, die allmählich den Kapitalismus außer Betrieb setzen und die aus ihm zu ziehenden Bereicherungsmöglichkeiten zerstören würde. Die Reformisten wollten sozusagen der Katze «nur» stückweise den Schwanz abhauen, ihr die Krallen stutzen und das Maul zubinden; das war sicher eine falsche Me-

thode, aber es genügte, um das «freie Unternehmertum» und seine Verbündeten in den anderen Wirtschaftsgruppen bis aufs Blut zu reizen und zu dem Versuch zu ermutigen, mit einem Gewaltschlag – durch Emporhebung des Nazismus zur Herrschaft über den Staatsapparat – all die Einmischungen, Kontrollen und Hemmungen zu beseitigen, die das normale Arbeiten der kapitalistischen Wirtschaftsmechanik zu lähmen drohten.

Man könnte den entsprechenden Hergang der Dinge auch für Spanien nachzeichnen, wo kein bolschewistischer Umsturz, sondern die «schöne Revolution» von 1931 die alten Herrschaftsmächte langsam, aber eben deswegen auch höchst unsicher zu stürzen unternahm und die aufs Ganze gehende militärische Gegenrevolution unter Franco die Wurzel des Übels, die politische Demokratie, gewaltsam auszureißen beschloß. Aber das Gesagte mag genügen, um die Feststellung zu erläutern, daß zwischen bürgerlich-kapitalistischer (und feudaler) Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und politischer Demokratie wie sozialem Reformismus andererseits eine grundsätzliche Spannung besteht, die in dem Augenblick zu faschistischer Entladung führt, da die Demokratie die Lebensmöglichkeit des kapitalistischen Systems selber in Frage stellt.

Reaktionäre Demokratie Zwei Voraussetzungen sind allerdings nötig, damit es zu *dieser* Lösung der Spannung kommt: Der Kapitalismus muß bereits in seine Niedergangsperiode eingetreten sein, und die Demokratie darf keine wirklich lebendige Macht im Leben der Volksgemeinschaft sein.

Das erste trifft heute für alle Länder des westeuropäisch-nordamerikanischen Kulturkreises zu; das zweite nur für die Länder der von oben her eingeführten, nicht wurzelmäßig gewachsenen Kunstdemokratien (zu denen auch die lateinamerikanischen «Demokratien» zählen, für die irgendeine Art Faschismus der politische Normalzustand ist). Es gilt also nicht – mindestens vorerst nicht – für die Länder mit fester, zum Teil sehr alter freiheitlicher Überlieferung und Sitte, wie England, Nordamerika, Frankreich, Skandinavien, Holland, die Schweiz, in denen die Demokratie noch etwas von der revolutionären Kraft und Frische bewahrt hat, die ihr einst zu eigen war. Denn hier ist ja das kapitalistische Bürgertum selbst durch revolutionäre Erhebungen und Erschütterungen, seien sie nun wirtschaftlicher, geistiger, politischer oder kriegerischer Art gewesen, zur Macht gekommen und hat sich im liberalen Staat den ihm gemäßen Willensausdruck geschaffen. Aber dann rückten mehr und mehr auch die anderen, bisher zurückgesetzten und ausgenutzten Volksschichten in die Teilhaberschaft an der Staatsmacht ein, die sie durch den siegreichen Kampf für das allgemeine Stimmrecht und sogar die direkte Demokratie erworben hatten. Und nun wurde auch hier jener Widerspruch zwischen Wirtschaftsverfassung und Staatsform sichtbar, von dem wir vorhin gesprochen haben, und der – um Marx («Die Klassenkämpfe in

Frankreich») anzuführen – «darin besteht: die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie (die kapitalistische Demokratie) verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwingt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen können und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen.»

Aber dieser Widerspruch wird nun – und das ist das Kennzeichnende – in den Ländern der älteren Demokratie nicht durch offene Beseitigung der demokratischen Rechte und Einrichtungen gelöst, sondern durch deren *Umbiegung in Werkzeuge der kapitalistischen Klassenherrschaft*. Das Interesse der kapitalistischen Oberschicht wird als Interesse des Gesamtvolkes ausgegeben; eine kleine Minderheit von Besitzenden und Bevorrechteten vermag sich trotz politischer Demokratie und sogar mit den Mitteln dieser Demokratie an der Herrschaft zu halten, indem sie der großen Volksmehrheit zu suggerieren versteht, daß die *kapitalistische Wirtschaft* die Wirtschaft schlechthin, die bürgerliche Kultur die einzig gültige Kultur, der bürgerliche Klassenstaat der Staat überhaupt sei. Ein ganzer großer Apparat zur Formung des «Volkswillens» dient diesem Zweck, von Schule, Kirche und Militär über Presse und Radio, Literatur, Kunst und Wissenschaft bis zu den unzähligen Vereinen und Organisationen des privaten, kulturellen, beruflichen und öffentlichen Lebens, mit den politischen Parteien und Bewegungen als ihrer Spitze. Ganze Ideen- und Weltanschauungssysteme arbeiten daran, die herrschenden Ordnungen als Einrichtungen nationaler Solidarität, wirtschaftlichen Gedeihens, sittlichen Strebens, bürgerlichen Friedens erscheinen zu lassen; Religion, Patriotismus und Militarismus spielen dabei naturgemäß eine Hauptrolle.

Es ist eine ganz erstaunliche, wenn man will bewundernswerte Leistung, die die kapitalistische Oberklasse damit vollbracht hat. Wie Otto Bauer («Zwischen zwei Weltkriegen?», Bratislava 1936) feststellt:

«Die bürgerliche Demokratie war der höchste Triumph des Kapitalismus. Die bedeutende Hebung der Lebenshaltung der Volksmassen auf dem Boden der Demokratie und die unmittelbare Berufung aller Volksklassen zur Mitentscheidung in der Demokratie haben die Volksmassen mit der Überzeugung erfüllt, daß sie auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ihre Interessen wahren, ihre Lebenshaltung verbessern können. Die bürgerliche Demokratie hat alle gegen den Kapitalismus gerichteten revolutionären Energien eingeschläfert. Sie hat die Massenparteien der Kleinbürger und der Bauern in gefügige Werkzeuge der Kapitalistenherrschaft verwandelt und die praktische Wirksamkeit der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften auf Funktionen reduziert, die den Kapitalismus nicht erschüttert, sondern auf ein höheres technisches, soziales und kulturelles Niveau gehoben und dadurch gefestigt haben... So konnte die Kapitalistenklasse alle vier oder sechs Jahre einmal ihrer Klassenherrschaft die Weihe der Bestätigung durch allgemeine Volksabstimmungen geben lassen. So konnte sie herrschen durch den Willen der von ihr ausgebeuteten Volksmassen selbst.»

Unsere schweizerische, die sogenannte direkte Demokratie – mit Volksabstimmung und Volksbegehren – kann sich diese Bestätigung der kapitalistischen Klassenherrschaft durch den «Souverän» sogar alle paar Monate einmal leisten. Wie viele Vorlagen sind vom (männlichen) Stimmvolk angenommen worden, die den Interessen der großen Volksmehrheit gerade entgegengesetzt waren; wie viele Initiativbegehren sind abgelehnt worden, die das Volk unbedingt hätte annehmen müssen, wenn es seinen wirklichen Vorteil verstanden hätte – alles dank jener raffinierten Technik der scheindemokratischen Massenbeeinflussung, in der wir es anscheinend zur Weltmeisterschaft gebracht haben! So war es auch möglich, die unselbständig erwerbenden Volksgruppen derart zu zersplittern, daß von den schätzungsweise 900 000 schweizerischen Stimmbürgern, die ihrer gesellschaftlichen Lage nach im antikapitalistischen Lager stehen sollten, erheblich weniger als der dritte Teil sozialdemokratisch oder kommunistisch stimmt – wobei der Antikapitalismus der Sozialdemokratie ja längst eine höchst fragwürdige Sache geworden ist . . .

Wenn es wieder einmal gelungen ist, der Volksmehrheit eine Vorlage aufzuschwatzen, die sie im wohlverstandenen Eigeninteresse hätte verwerfen sollen, dann reden unsere Zeitungen wohl von einem «Ehrentag der Demokratie». In Wirklichkeit ist es beschämend, wie sehr heute «Demokratie» in der westlichen Welt einfach mit «bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsform» gleichgesetzt werden darf und wie fest die Herrschenden darauf zählen, daß die bestehende Ordnung der Dinge solange nicht erschüttert werden könne, als diese Verwechslung von den Völkern naiv angenommen wird, solange folglich, als die bürgerlich-kapitalistische Verfälschung der Demokratie für die echte, allein mögliche Form der Demokratie gehalten wird und insbesondere ein verbürgerlichter Sozialismus der Illusion nachjagt, daß – ich lasse wieder Otto Bauer, den sozialdemokratischen Führer der Zwischenkriegszeit, sprechen – «die Arbeiterklasse friedlich und allmählich, durch bloße Ausnützung der demokratischen Institutionen, ohne revolutionären Sprung die Formen der Demokratie mit sozialistischem Inhalt erfüllen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen entwickeln könne». Die Folge dieser Illusion ist dann einfach, daß die im guten Sinn revolutionären Elemente der Arbeiterklasse – zusammen mit gleichgesinnten Angestellten- und Intellektuellengruppen – dem Kommunismus zugetrieben werden – und das wäre mindestens im Westen ganz und gar nicht nötig!

Demagogie und Antikommunismus

Es ist natürlich denkbar, daß die Stützung der kapitalistischen Ordnung mit den Mitteln der politischen Demokratie, aber ganz gegen ihren Geist, schließlich auch in den Ländern mit alter freiheitlicher Überlieferung – und erst recht natürlich in den neudemokratischen, ehemals faschistischen Ländern – versagt, und daß dann die

herrschende Klasse auch hier zum offenen Faschismus greift. Aber vorerst gibt es noch andere, weniger stoßende Mittel, um den gewünschten Zweck zu erreichen. Zählen wir sie in aller Knappheit auf:

1. Die *Technik der Massenbeherrschung* wird vervollkommnet und im großen Stil ausgebaut. Was man jetzt, im weltpolitischen Kampf, psychologische Kriegführung heißt, ist auf innerstaatlichem Boden grundsätzlich schon seit geraumer Zeit alltägliche Praxis vor allem der kapitalistischen Parteien, nur vielleicht etwas weniger «wissenschaftlich» aufgemacht. Die Methode ist, kurz gesagt, einfach Erregung und Aufpeitschung von Massengefühlen und Massenleidenschaften an Stelle des Apfels an Vernunft und Gewissen. Man will nicht mehr überzeugen, sondern nur noch hypnotisieren – und dazu sind alle Mittel gut. «Das Schauspiel einer leistungsfähigen Elite, die der Masse gegenüber ihre Autorität aufrechterhält und ihren Willen geltend macht, indem sie irrationale Methoden der Überredung mit rationaler Berechnung anwendet, ist der beunruhigendste Alpdruck der Massendemokratie», meint in seinem Buch «*The New Society*» (London 1951) Professor E. H. Carr, der wohlbekannte englische Geschichtsschreiber. Und mit nur zuviel Recht betont er, daß der Geist der Demokratie dabei mehr und mehr verloren gehe – trotz dem Fortbestand demokratischer Einrichtungen:

«Das unterscheidende Merkmal darf nicht im Weiterleben hergebrachter Einrichtungen gesucht werden, sondern nur in der Frage, wo die Macht ruht und wie sie ausgeübt wird. Die Demokratie ist in dieser Hinsicht eine Angelegenheit des Grades. Manche Länder sind heute demokratischer als andere. Aber vielleicht keines ist sehr demokratisch, wenn man an die Demokratie einen irgendwie strengen Maßstab anlegt. Die Massendemokratie ist ein schwieriges und bislang weithin unerforschtes Land, und wir kommen wohl der Wahrheit näher und gewinnen eine überzeugendere Lösung, wenn wir sagen, daß es not tut, nicht die Demokratie zu verteidigen, sondern sie erst zu schaffen.»

Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt (Professor Carrs Buch ist eine Sammlung von Vorträgen, die am Londoner Radio gehalten wurden); mit weniger diplomatischen Wendungen könnte man sagen, daß die moderne bürgerliche Demokratie immer ausgesprochener zur vollendeten Demagogie – zur Volksverführung und -belügung – entartet und von «kaltem» Faschismus nicht mehr weit entfernt ist. Die Art und Weise, wie nicht allein in Amerika, sondern auch in Ländern mit vermeintlich gediegenerer politischer Kultur heute Wahlen und Abstimmungen regelrecht gemacht werden, gestattet kaum ein milderer Urteil. Nur merken es die Leute gewöhnlich nicht und sonnen sich noch immer im Glanz ihrer «unschätzbaren Freiheit», weil sie vermeintlich denken, reden und schreiben können, was ihnen beliebt – solange und soweit nämlich, als es den Herrschenden ungefährlich erscheint. Denn wie Claude Aveline («*L'heure du choix*», Paris 1947) so zutreffend bemerkt: «Ein Sklave, der protestiert, ohne Züchtigung gewärtigen zu müssen, hält sich für

einen freien Menschen – nur vergißt er seine Dauerstrafe: daß er Sklave ist.»

2. Zur ideologischen gesellt sich die neue *psychologische* Kriegführung, die im Zeichen des *Antikommunismus* steht. Darüber ist hier kaum mehr etwas zu sagen; der Antikommunismus ist ja die beherrschende Erscheinung besonders der Nachkriegszeit (obwohl sie natürlich so alt ist wie der Kommunismus selber) und stellt als planmäßig erzeugte Massenhysterie wohl die wirksamste Waffe im Selbsterhaltungskampf der kapitalistischen Klasse dar. Wie der Antikommunismus innenpolitisch arbeitet, beobachtet man am besten am amerikanischen «McCarthyismus», den man als Skandal und als Schande für das Land Lincolns, Wilsons und Roosevelts bezeichnen müßte, wenn der *moralische* Terror, der gegen alle Nichtgleichzuschaltenden auch bei uns ausgeübt wird, soviel besser wäre als der mehr oder weniger gesetzliche Terror, den die Freiheitskämpfer vom Komitee gegen unamerikanische Umtriebe praktizieren. Im übrigen sorgen Staatsschutzgesetze und Gerichtsurteile auch in Westeuropa dafür, daß «gefährliche Gedanken» oder doch ihre Träger auf ganz legale Art unschädlich gemacht werden. Die wirkliche Demokratie aber versinkt dabei immer rettungsloser im politischen Schlamm.

3. Eine in diesem Ausmaß neue Erscheinung ist sodann die *Einmischung der Vereinigten Staaten*, als der Vormacht des Weltkapitalismus, in die *inneren Angelegenheiten anderer Länder*. Auch davon ist an dieser Stelle oft die Rede gewesen; es sei darum nur rasch daran erinnert, daß es in entscheidender Weise amerikanischer Druck und amerikanisches Geld waren, was nach dem Zweiten Weltkrieg die «drohende» Entwicklung Westeuropas zu sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen verhindert hat. In Frankreich ist seitdem, nach der Sprengung der Linkskoalition, die schönste Reaktion am Ruder; in Italien hat der «demokratische» Klerikalismus und Feudalkapitalismus bei den Wahlen von 1948 nur gewonnen, weil er massive amerikanische Unterstützung fand, während bei den heurigen Wahlen die Sache nur sehr unvollkommen gelang. Um so gründlicher war dafür der Wahlsieg der Rechten in Westdeutschland, der ohne die wirtschaftliche Aufblähung der Bonner Republik durch die Vereinigten Staaten und die äußerst tätige politische Bundesgenossenschaft zwischen den herrschenden Klassen Amerikas und Westdeutschlands gar nicht denkbar gewesen wäre. Ähnlich wirkt sich das amerikanische Eingreifen auch in anderen europäischen Staaten aus – Großbritannien nicht ausgeschlossen –, wohingegen in Japan der durch die USA-Besatzung anfänglich zurückgedrängte Kurs nach links sich doch durchzusetzen beginnt. Im ganzen hat die Stützung und Wiederherstellung des kapitalistischen Regimes von außen her den Volkswillen fast überall regelrecht zu vergewaltigen vermocht. Der wirkliche Souverän der meisten westeuropäischen Staaten ist heute der Dollar.

4. Mit dieser Drosselung der Demokratie in Westeuropa stimmt es ausgezeichnet zusammen, daß der von Amerika geführte Weltkapitalismus ohne übertriebenes Schamgefühl, wie gestern mit dem deutschen Nazismus und dem italienischen Faschismus, so heute mit den rückschrittlichsten, freiheitsfeindlichsten Kräften in allen Erdteilen brüderlich verbündet ist, mit den lateinamerikanischen Diktaturen wie mit den halb- und ganzfaschistischen Regierungen Südeuropas, des Nahen und des Fernen Ostens. Die Unwahrhaftigkeit des westmächtlichen Anspruches, die Sache der Demokratie zu vertreten, wird dadurch besonders scharf beleuchtet, und der unversöhnliche Gegensatz zwischen Kapitalismus und Demokratie tritt so ein weiteres Mal mit aller Klarheit hervor.

5. Die logische Folgerung aus diesem ganzen «kalten» Krieg, den die kapitalistischen Klassen gegen die Demokratie – die freie Willensbildung und Selbstregierung der Völker – führen, ist die Vorbereitung des «heißen» Krieges gegen die Länder, in denen zwar nicht bereits der Sozialismus, wie wir ihn verstehen, verwirklicht wird, aber doch eine Revolution gewaltiger Art gegen Kapitalismus, Feudaldespotie und Fremdherrschaft im Gang ist. Wollte man einwenden, daß es sich hier nur um die Zurücksetzung und womöglich Zerstörung totalitärer Diktatur und die Sicherung der demokratischen Lebensform im Weltmaßstab handle, so müßte man erwidern, daß – wie soeben gesagt – die kapitalistischen Demokratien gar keine große Abneigung gegen freiheitsfeindliche Regierungssysteme bekunden, wenn sich diese nur für den Kampf gegen den Kommunismus gebrauchen lassen. Schon daraus – wenn aus nichts anderem – geht hervor, daß es den Westmächten bei ihrem Kampf gegen den Kommunismus gar nicht um die Beseitigung eines Diktaturregimes geht, sondern nur um die Auslöschung der Herde einer weltweiten sozialen Revolution, die auch den europäisch-amerikanischen Kapitalismus zu erschüttern droht. Wäre es anders, dann hätte weder Großbritannien – gewiß im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten – die völlig demokratisch zur Macht gekommene Regierung seiner Kolonie Guayana absetzen dürfen noch dürfte Frankreich gegen den offenbaren Willen der Völker von Indochina seinen «schmutzigen Krieg» weiterführen oder Amerika seinen kalten Krieg gegen die Chinesische Volksrepublik betreiben, hinter der ohne jeden Zweifel die große Mehrheit der chinesischen Nation steht. Nein, was jetzt unter dem Banner der Demokratie gegen die Oststaaten und die unterentwickelten Länder der übrigen Welt ins Werk gesetzt wird, das ist genau das Gegenteil von Demokratie, ist *Faschismus im internationalen Maßstab* – der Versuch gewaltsamer Zerschlagung und Erstickung einer antikapitalistischen, anti-imperialistischen Freiheitsbewegung, wobei die bolschewistische Diktatur, wie bei den klassischen Mustern des innerstaatlichen Faschismus, nur als bequem zu handhabender Bürgerschreck erhalten muß.

Wer angesichts dieses ganzen Sachverhalts – der hier nur in großen Zügen umrissen werden konnte – noch immer glaubt, die Behauptung vom Kampf der Westmächte für eine freie Welt sei mehr als eine zynische Propagandalüge, mit dem wollen wir nicht weiter rechten. Wir wollen uns vielmehr an die alte Erfahrungsweisheit erinnern: «Man kann alle Menschen eine Zeitlang anlügen. Man kann einen Teil Menschen auch die ganze Zeit anlügen. Aber man kann nicht alle Menschen die ganze Zeit anlügen.»

2. Dezember

Hugo Kramer

Epilog

Viel Jahre spann ich meine Reime fort,
Gewohnheit, fürcht ich, will sie weiterspinnen —
Und nicht der heiße Drang ganz tief von innen,
Der nur am Ursprung selbst, an Gott, sein Wort

Anbrennt. Und dann, so fürcht' ich, blende
Vielleicht mein Tun der Geist der Eitelkeit,
Der ihm den falschen Glanz des Wertes leiht
Nützlicher Tage — die vielleicht verschwendet.

So zu verlieren viel, Geringes zu gewinnen,
Fürcht ich! Drum Feuer meiner Brust, beschwöre
Ich dich zur tiefsten Ruhe zurück nach innen!

Stockend im Schmerz, erstickt vom Weinen, schickt
Mein Herz sein wahres Lied Ihm einzig zu Gehör,
Der nicht das Lied, der nur das Herz erblickt.

Vittoria Colonna

(in der Uebersetzung von Hans Mühlestein)